



# Die anderen fanden den gut!

Von Marko Grosa, Landesvorsitzender der GdP Thüringen

*Es dreht sich heute um einen Drehstuhl.*

*Ich will das Beschaffungsthema in der Thüringer Polizei zwar nicht unnötig strapazieren, möchte euch, liebe Leser, aber dennoch gern weiter an den Kuriositäten des polizeilichen Lebens teilhaben lassen.*



**Um diesen Stuhl dreht es sich.**

*Da ich nun für einige Zeit wieder Dienst in meiner geliebten Polizeiinspektion verrichten darf, habe ich mich vor Ort auch zügig nach drückenden Schuhen und gesehenem Verbesserungsbedarf erkundigt. Unter den Kuriositäten tauchte da ein Testergebnis zu einem Drehstuhl am Mischpult der Dienstschrift auf. Von zwei Dienststellen unseres Landkreises wurde übereinstimmend votiert, dass es sich sehr wahrscheinlich um den ungeeignetsten Stuhl handelt, der je in Deutschland gebaut wurde, aber man hat ihn trotzdem beschafft! Auf den Spuren der Beschaffungsüberlegungen und -entscheidungen wurde mir dann zugerufen: „Die anderen fanden den gut!“ Nun kann ich mir zwar nicht wirklich vorstellen, dass das Sitzempfinden mit Eichsfelder „Popos“ so völlig anders sein soll, als in einer entgegengesetzt liegenden Dienststelle, aber wenn die anderen den gut fanden, dann wollen wir das mal akzeptieren. Ich hoffe dabei nur, dass man den anderen nicht das Gleiche gesagt hat!*

*Dieses Beispiel bietet zumindest wieder einmal Anlass, über Beschaffungsfragen*

*nachzudenken. Die Beteiligung der Praktiker ist ungeheuer wichtig und noch wichtiger ist, dass deren Votum auch in die Beschaffungsentscheidung einfließt! Hätte man das Geld vor Ort, könnte damit auch beschafft werden, was vor Ort gefällt. Dabei ist uns als Gewerkschaft der Polizei jedoch klar, dass man sich immer*

*in einem Spagat der Wirtschaftlichkeits-erwägungen wegen Beschaffungsmengen befindet und man zudem Praktikabilität mit Funktionsvielfalt abwägen muss.*

*Ein Grundsatz aber sollte immer bedacht werden, je mehr an so einem Ding dran ist, desto mehr kann kaputtgehen. Deshalb machen an einem Stuhl „15“ Hebel*

*zur Einstellung ganz persönlicher Rückenprobleme wenig Sinn, wenn die Sitzkundschaft täglich mehrfach und im Monat bei um die 30 Beamten variiert. So viele Memori-Einstellungen gibt es nicht einmal bei Mercedes-Benz, um es allen Recht zu machen! Deshalb sollte so ein Stuhl vor allem einfach und bequem sein und es darf auch nicht der Stuhl entscheiden, wie der Beamte sitzt!*

*In unserer Reform scheint sich nun wieder etwas zu tun, denn längst sind es nicht mehr nur Namen, die für die Verantwortung im Aufbaustab der Landespolizeidirektion feststehen. Aber selbst bei den Namen lohnt es sich aus Sicht der GdP von einer guten Wahl zu sprechen. Nicht nur ganz persönlich sehe ich als Landesvorsitzender beste Voraussetzungen, Probleme, die wir erkennen, bis ganz nach vorn transportiert zu bekommen, damit wir zumindest einen Großteil davon lösen können. Insofern bitte ich alle GdP-Mitglieder, die in irgendeiner Weise in Reformüberlegungen eingebunden sind, eure Informationen mitzuteilen, ganz gleich auf welcher GdP-Ebene. Wir*

*wollen uns beteiligen, denn schließlich gibt es ein gemeinsames Interesse daran, mehr als einen nur funktionierenden Apparat aufzubauen und hinterher meckern gilt nicht!*

*Ansonsten arbeiten wir weiter an einigen Themen, die wir zwar erfolgreich in Bearbeitung bringen konnten, ohne jedoch abschließende Ergebnisse zu besitzen. Eines davon war die Gerechtigkeitsverbesserung bei den Zuschlägen zu ungünstigen Zeiten, die wir mit einer Flut an Postkarten „Für 5 Euro DUZ“ eingeleitet haben. Auch das Thema Diabetes im Polizeidienst begleiten wir noch immer und in diesem Zusammenhang kämpfen wir um eine deutliche Verschlinkung scheinbar pauschal zugewiesener Einschränkungen im Polizeidienst. Wir werden immer älter und dort, wo binnen der nächsten fünf Jahre fast 25 Prozent des Personalbestandes in den Ruhestand geht, kann man nicht den Maßstab für einen Überschallfliegerpiloten anlegen, um die Polizeidiensttauglichkeit zu bescheinigen.*

*Was uns auch noch unter den Nägeln brennt, ist das Ammenmärchen oder finanzministerliche Geschrei über immer größer werdende Pensionslasten, die doch vor allem nur deshalb zum Problem werden, weil unsere Landesregierung in diesen Topf nichts mehr einzahlt!*

*Die aufmerksamen Leser unter euch werden sich gewiss auch noch an den Artikel erinnern: „Es könnte auch ein Bademeister sein!“ Damals haben wir die kritische Frage gestellt, ob man sich bei dem Verschleiß an innenpolitisch Verantwortlichen in unserem Land denn wirklich einen politischen Beamten leisten kann, den man dann in den Ruhestand versetzen muss, wenn sich der politische Wind einmal wieder dreht. Es ging uns bei der Kritik aber auch um die Qualifikationsfrage. Nach unserem derzeitigen Kenntnisstand verlangt man in dem gefertigten Anforderungsprofil den Bewerbern nun aber einiges ab, was eher auf einen Polizeivollzugsbeamten hindeutet. Es könnte jetzt vielleicht doch kein Bademeister mehr sein!*

**Euer Landesvorsitzender**



# Weihnachtsbesuch der Ministerpräsidentin

**Saalfeld (rk). Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht war am 19. 12. 2012 zu einem Weihnachtsbesuch bei der Thüringer Landespolizei – in der Polizeidirektion Saalfeld und dort in der Polizeiinspektion Sonneberg.**

Nach einer herzlichen Begrüßung durch PD Jens Kehr machte sich Frau Lieberknecht ein Bild vom Dienstschichtleiter-Bereich der PI Sonneberg.

In einem anschließenden Gespräch mit den Mitarbeitern der Inspektion bedanke sich Christine Lieberknecht für den herzlichen Empfang und betonte, dass es ganz wichtig sei, allen denen öffentlich Dank zu sagen, die während der Feiertage Dienst tun müssen. „Ich habe großen Respekt vor dem, was die Polizei leistet“, sagte sie und betonte, dass die Polizei nicht nur ein Baustein im Netz, sondern ein Knotenpunkt sei.

Außerordentlich wichtig sei dabei die präventive Arbeit, die laut den Ausführungen des Inspektionsleiters sehr gut praktiziert werde. Respekt zollte sie den Polizisten für ihre hohe Aufklärungsquote. Nicht allein deshalb stehe die Regierung hinter der Polizei. „Sie werden auch

in Zukunft effizient und der Bevölkerung angepasst arbeiten können“, fuhr sie fort und war für Beispiele aus der Praxis dankbar.

„Angesichts der Leistungen und der Belegschaft sind wir jetzt am Limit“, machte Rainer Kräuter, Personalratsvorsitzender der PD Saalfeld, auf ein Problem aufmerksam, dass inzwischen alle Inspektionen haben. Zwar sei es gelungen, die Mitarbeiterzahl nach und nach zu verjüngen, doch könne man jetzt nicht noch mehr leisten. Durch verstärkte Ausbildung habe sich die Personalführung kurzzeitig verbessert, das Stellenabbauprogramm der Landesregierung werde die Situation aber wieder verschlechtern

Ein hoher Krankenstand, bedingt durch die immensen Belastungen, bereitet immense Sorgen. Rainer Kräuter, zugleich Kreisgruppenvorsitzender der GdP, wagte zu bezweifeln, dass dies in Zukunft anders werde. Informell machte er die Ministerpräsidentin und die anwesenden Medienvertreter darauf aufmerksam, dass sich die Krankenquote in der Thüringer Polizei in den letzten zehn Jahren dramatisch entwickelt hat.



**Begrüßung vor der Dienststelle**

Die anwesende Landtagsabgeordnete Frau Meißner (CDU) wünschte sich für die Bergregion Sonneberg eine bessere Ausstattung an Allradfahrzeugen für die Polizei. Es sieht einfach nicht schick aus, wenn Polizisten ihr Dienstfahrzeug schieben müssen ...

Mit einem Rundgang durch das Traditionskabinett der Polizeiinspektion Sonneberg beendet Frau Lieberknecht ihren Besuch.

Unser Vertrauensmann vor Ort, PHM Jens Knoblauch, eines der Väter und Betreiber des Traditionskabinetts, konnte so manches Überbleibsel aus der Volkspolizei präsentieren, aber auch die Entwicklung der Thüringer Landespolizei bis hin zum Besuch von Papst Benedikt dem XVI. darstellen.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

**Geschäftsstelle:**  
Juri-Gagarin-Ring 153  
99084 Erfurt  
Telefon: (03 61) 59 89 50  
Telefax: (03 61) 5 98 95 11

**Redaktion:**  
Edgar Große (Vi.S.d.P.)  
PD Jena  
Am Anger 30  
Telefon: (0 36 41) 81-15 88  
Telefax: (0 36 41) 81-15 94

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2828



**Gespräch mit den Beschäftigten**

**Fotos: KG SLF**



JUNGE GRUPPE

# Grüne Engel auch aus Thüringen mit dabei

**Erfurt (dm). Beim 14. und vorerst letzten Castor konnten endlich auch zwei Thüringer Junge-Gruppe-Mitglieder das Castor-Betreuungsteam verstärken. In der Zeit von Donnerstag, dem 24. 11. 2011, bis Sonntag früh, dem 27. 11. 2011, durften wir als ehemalige Bereitschaftspolizisten aus Thüringen an der Betreuung der eingesetzten Kräfte im Wendland, durch die Junge Gruppe (Bund) organisiert, teilnehmen.**

Nach jahrelangem eigenem Konsum dieses Services konnten wir nun selbst warme Getränke und Süßigkeiten an unsere Kolleginnen und Kollegen aus allen teilnehmenden Bundesländern verteilen. Uns lag am meisten am Herzen, unseren Leuten aus Thüringen diesen Service zukommenzulassen. Jedoch gestaltete sich dies schwierig, zum einen, da die zweite Hundertschaft erst Freitagnacht anreiste und vom Einsatzort über 80 Kilometer entfernt untergebracht wurde, und zum anderen wir stets die Nachtschichten führen. So konnten wir wenigstens bereits die dritte Hundertschaft am Donnerstagabend in ihrer Unterkunft kurz nach einem Einsatz erreichen und sprechen. Sie waren in einem Containerdorf untergebracht mit sehr bescheidenen Bedingungen. Eine wurde besonders bemängelt.

## Der Toilettengang

Dieser war recht abenteuerlich. Die Kabine war räumlich so sparsam ausge-

stattet, dass die Kräfte ihren Einsatzanzug davor ausziehen mussten, damit sie die Toilette in entsprechender Form nutzen konnten. Toilettenerotik aus anderer Sicht? Nun gut. Man sieht dann mal wieder, dass Organisatoren keine Ahnung von Mindeststandards für Einsatzkräfte haben, sondern stets vom Otto Normalverbraucher und Statistiker ausgehen.

Da wir gerade bei dem Thema Toilette sind. Ein Grinsen bis hin zu Gelächter, aber auch absolute Empörung kam immer beim Thema URINELLA oder Shit-Box auf. Solche „Toilettierungsmaßnahmen“ sind äußerst kreativ und originell, jedoch nur für den absoluten Notfall geeignet. Es sollte niemandem einfallen, diese Praxis der körpereigenen Entleerung als tatsächliche Lösung für Notdurftgänge im Einsatzgeschehen anzubieten. Es ist einfach unverständlich, dass nach jahrelangen Einsatzerfahrungen dieses Problem noch nicht gelöst wurde.

## Eigene Kräfte betreut

Abenteuerlich wurde es in der Nacht vom Samstag zum Sonntag. Da bekamen wir die Information, dass Thüringer Kräfte an einem der größten Brennpunkte des Castortransportes eingesetzt werden. Um die Ortschaft Harlingen sammelten sich tausende Castordemonstranten und wollten das Gleisbett besetzen. Dies gelang ihnen auch. Wir versuchten zum Zeitpunkt der Kräftesammlung mit unserem GdP-Bus zu den Kräften vorzudringen. Wir klemmten uns hinter eine Hamburger Einheit. Diese wurde von mehreren De-



Das Betreuungsteam der Jungen Gruppe

monstranten angegriffen und mussten sich zurückziehen. Man versuchte über einen anderen Weg zum Sammelpunkt zu kommen. Wir zogen es nach mehrmaligen Versuchen vor, zu einem anderen Zeitpunkt, wenn sich die Lage etwas entspannt hatte, unsere Kräfte zu erreichen.

Dies gelang uns dann um Mitternacht. Der Weg verlief über Stock und Stein und Überredungskünsten, uns an Blockaden, welche Demonstranten aufstellten und bewachten, um zu verhindern, dass keine Polizeikräfte an die Gleise gelangten, uns dennoch durchzulassen. Am Einsatzort angelangt, beeindruckte uns einer der größten „Freiluft-Gefangenen-Sammelstellen“, die die deutsche Demonstrationswelt je gesehen hatte. Tausende Polizeibeamte waren vor Ort. Wir konnten mit Erstaunen feststellen, dass die Verpflegung in diesem Hexenkessel offenbar gut funktionierte. Es wurden Verpflegungspunkte für Einsatzkräfte aufgebaut. Dies hielt uns trotzdem nicht ab, unsere ehemaligen Kollegen der zweiten Hundertschaft aufzusuchen und mit ihnen ein kurzes Schwätzchen zu halten und ihnen ein paar Schokoriegel zuzustecken.

Am Ende konnten wir für uns ein positives Fazit ziehen. Wir konnten die verschiedensten Polizeieinheiten kennenlernen, ihre Probleme und Ansichten mit den anderen vergleichen. Uns hat dieser ungewöhnliche Urlaub ein Haufen Spaß gemacht. Wir haben herzlichst gelacht und neue Kontakte geknüpft. Wir können jedem jungen engagierten Junge-Gruppe-Mitglied stets empfehlen, an einer solchen Aktion teilzunehmen.



Gespräch mit Kolleginnen aus Niedersachsen Fotos: Junge Gruppe



# Was wäre, wenn man uns gelassen hätte?

Von Marko Grosa

Wer hat nicht schon einmal gesehen, wie sich Staatsdiener Dienstaufweise vor die Nase halten und die Übernahme des Falles erklären oder einfacher gesagt, die anderen wegtreten lassen. Das kennt man in Wirklichkeit eigentlich ja nur aus dem amerikanischen Krimi.

Wäre es aber vielleicht nicht auch für die deutsche Praxis besser, etwas näher an dieser Wirklichkeit dranzusein? Zumindest wüsste man dann, warum die bis dahin geleistete Arbeit nicht zum Erfolg führte oder gar nicht führen konnte. Uns lässt man jedoch eher unbemerkt wegtreten oder behält es im Verborgenen, warum eine Strafverfolgung niemals zum Erfolg führen wird.

Diese Verfahrensweise lässt dann immer reichlich Raum für Spekulationen und in diesem Raum sind Polizisten nicht anders als Journalisten.

Wenn es keine Wahrheit gibt, baut man sich eben eine eigene und dabei schaut man dann gern auf schon Erlebtes. Schließlich passiert es in Thüringen auch nicht zum ersten Mal, dass ranghohe Rechtsextremisten auffliegen und am Ende auf einer, wie auch immer gelagerten, Gehaltsliste des Verfassungsschutzes auftauchen.

Es gibt einige solcher Figuren, bei denen man sich fragt, warum keines der so aufwändigen und beweishaltigen Strafverfahren in eine Verurteilung mündet. Diese Frage lässt man vor einem neuen Skandal jedoch offiziell nicht verlauten. Insofern scheint es sich bewährt zu haben und Routine zu bleiben, wie die Behörden schön nebeneinanderher arbeiten. Wer nicht schon einmal Verantwortung für ein Dezernat des polizeilichen Staatsschutzes trug, kennt wahrscheinlich auch eher weniger praktische Beispiele.

Mich stimmte es schon ein paar Mal nachdenklich, wer sich plötzlich dafür interessiert, wenn man bei bestimmten Personen mal eine Telefonüberwachung beantragt. Ärgerlich ist es in jedem Fall für

alle Kolleginnen und Kollegen, die hoch motiviert an der Überführung von Straftätern arbeiten und dann eben nicht zum Erfolg kommen, weil sie es nicht sollen oder dürfen. Genau das ist die Stelle, wo wir uns mehr Rückhalt aus unserem Ministerium wüssten. Die Gewerkschaft der Polizei fordert eine klare Position ein! Wir warten schon zu lange auf die Aussage: „Die Polizei trifft keine Schuld!“

her so prall nicht war mit der Zusammenarbeit.

Unter der Überschrift „Im Schatten der Erregung“ formulierte der Sozialpsychologe Harald Welzer in der „Stern“-Ausgabe 1/2012, ein „Skandalierungsstandardgesetz“. Danach wird eine hinreichend handfeste Bedrohung so lange ignoriert, bis wirklich etwas Böses geschieht, worauf man in spontanem Aktivismus mit Entschuldigungen bei den

Opfern reagiert, erste Schuldige benennt und neue Institutionen schafft.

Ganz gleich, ob es sich um Lebensmittelskandale, Missbrauch in Kirchen oder um so einen Nazi-Ermittlungs-Super-GAU handelt, verursacht die von Politik, Ämtern und Medien befeuerte Erregungsmaschine jede Menge Versprechen. Man gibt dann vor, jetzt aber

doppelt und dreifach zu tun, was man zuvor jahrelang zu tun versäumt hat und auf so einer Ebene schafft man für das, was wir in einer polizeilichen Ahnungslosigkeit mit einem kleinen Arbeitskreis zu lösen versuchen, sogar ganze Behörden.

Nicht ganz uneigennützig gebe ich gern einen Tipp an die, deren „dankbare“ Aufgabe darin besteht, im Informationsgewirr um die terroristische Tätergruppe für Aufklärung zu sorgen. Wer Sätze hören will wie: „Das hätten wir ja gemacht, aber ...“, der darf sich nicht an die Chefs klammern, die aus der nackten Aktenlage heraus berichten. Bestellt also nicht die temporär verantwortlichen Leiter zu den Anhörungen, sondern befragt die Stellvertreter und jene, die schon immer da waren. Chefs wechseln in unserer Polizei viel zu oft, zumeist sind es die Vertreter, die bleiben.



Das Mördertrio

Foto: BKA

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, sprach in seinem Interview beim Berliner Tagesspiegel Ende Dezember 2011 über seine Vermutungen, wie es dazu kommen konnte, dass Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe fast 14 Jahre lang aus dem Untergrund heraus agieren und diese Morde, Sprengstoffanschläge und Banküberfälle begehen konnten. „Vielleicht war es von Bedeutung, dass sich nach den Anschlägen vom 11. September der Blick sehr stark auf den islamistischen Terrorismus richtete. Es könnte auch eine Rolle gespielt haben, dass ab 2002, wegen des damals anhängigen NPD-Verbotsverfahrens, V-Leute in der rechtsextremistischen Szene abgeschaltet worden sind. Damit verschlechterte sich für den Verfassungsschutz die Zugangslage für Informationen.“

Nach seinen Ausführungen soll der Verfassungsschutz nun enger mit der Polizei kooperieren, in welcher Weise dies das Trennungsgebot auch immer zulässt. Zumindest kann man dieses Vorhaben als ein Eingeständnis sehen, dass es vor-



# Gesetz in letzter Sekunde verabschiedet

Von Edgar Große, stellv. Landesvorsitzender der GdP Thüringen

**Am 14. 12. 2011, und damit buchstäblich in letzter Sekunde, hat der Thüringer Landtag die Novellierung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes beschlossen. Andernfalls wäre das Gesetz am 31. 12. 2011 außer Kraft getreten und es hätte keine Mitbestimmung mehr im öffentlichen Dienst gegeben. 2010 hatte der Landtag das alte Gesetz bereits um ein Jahr verlängern müssen, weil die Landesregierung noch keinen Gesetzentwurf vorgelegt hatte.**

Im Abschnitt „Öffentlicher Dienst“ der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD über die Bildung einer Landesregierung heißt es: „Motivierte Mitarbeiter sind das Fundament des öffentlichen Dienstes. Die Koalitionspartner sehen es daher als eine der vornehmsten Aufgaben der jeweiligen Behördenleitungen an, dass diese mit ihren Mitarbeitern eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Um dies zu sichern, wird das Personalvertretungsgesetz im öffentlichen Dienst in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen novelliert. Die Rechte der Personalvertretungen werden gestärkt. Ziel ist ein zukunftsorientiertes und flexibles Personalvertretungsrecht für Thüringen“.

Die Landesregierung fühlte sich dem Koalitionsvertrag verpflichtet und brachte einen Gesetzentwurf in den Thüringer Landtag ein, der mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen vorbesprochen worden war. Wir haben darin nicht alle gewerkschaftlichen Forderungen unterbringen können, das Gesetz ist aber nach der radikalen Verschlechterung im Jahre 2001 wieder ein deutlicher Fortschritt. Der Landtag hatte das Gesetz am 7. 7. 2011 in erster Lesung beraten und an den Innenausschuss und an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit überwiesen. Der Innenausschuss hatte eine schriftliche Anhörung beschlossen, an der sich auch die GdP beteiligt hat. Der Innenausschuss war offensichtlich bereit, die Annahme des Gesetzes zu empfehlen.

Dann sah der CDU-Flügel des Landtagsausschusses für Wirtschaft, Techno-

logie und Arbeit plötzlich Probleme. Es sei abzuwägen, ob die Stärkung der Rechte der Personalvertretungen nicht zu einer überdimensionalen Erschwerung der Erledigung der dem Dienststellenleiter obliegenden Amtsaufgaben führen könnte. Insbesondere die geplante Aufhebung der Mitwirkung (§§ 69a und 75a ThürPersVG) wurde von den Bedenkträgern abgelehnt, da dadurch die Gesetzessystematik zerstört würde.



Die Bedenken, die hier von einzelnen CDU-Politikern geäußert wurden, waren völlig unverständlich. Die Landesregierung hatte mit ihrem Gesetzentwurf keine Probleme und sah die Erledigung von Amtsaufgaben keineswegs gefährdet. Die rechtsförmliche Prüfung des Justizministeriums hatte keine Zerstörung der Gesetzessystematik gesehen. Der Bund und CDU-geführte Bundesländer haben zum Teil weit fortschrittlichere Personalvertretungsgesetze als Thüringen. Schleswig-Holstein hat trotz CDU-geführter Regierung eine Allzuständigkeit der Personalräte für innerdienstliche Angelegenheiten im Gesetz verankert, die nur durch das Grundgesetz beschränkt wird. Trotzdem ist Schleswig-Holstein nicht unregierbar.

Im November 2011 war das Gesetz wieder von der Tagesordnung des Landtages genommen worden und hinter den Kulissen wurde erneut verhandelt. Am Ende konnten Landesregierung und die Innenpolitiker die Wirtschaftspolitiker

offensichtlich überzeugen und am Regierungsentwurf wurden nur noch geringe Korrekturen vorgenommen. Am 14. 12. 2011 nahm der Landtag den Regierungsentwurf mit Änderungen an und verhinderte damit einen rechtlosen Zustand.

Mit der Gesetzesänderung wurde vor allem das 2001 eingeführte Instrument der „Mitwirkung“ wieder aus dem Gesetz verbannt. Das Verfahren der Mitwirkung beschränkte den Personalrat deutlich in seinen Rechten. Bei Streitigkeiten zwischen Dienststelle und Personalrat konnte in diesen Fällen das Ministerium bereits endgültig entscheiden. Nun ist zwingend wieder ein Einigungsstellungsverfahren bei allen personalvertretungsrechtlichen Streitigkeiten vorgesehen.

Wichtig war die Gesetzesänderung auch und insbesondere für die Thüringer Polizei. Bekanntlich soll die Polizeistrukturreform ab 1. 7. 2012 in Kraft treten. Mit der Auflösung der Polizeidirektionen wäre auch die Auflösung der dort bestehenden Personalräte verbunden gewesen. Zumindest auf der Ebene der neuzubildenden Landespolizeiinspektionen hätten erst neue Personalräte gebildet werden müssen und in der Zwischenzeit wären alle Maßnahmen nur mit Zustimmung des Hauptpersonalrates möglich gewesen.

Nach den nun verabschiedeten Gesetzesänderungen kann das für eine Strukturänderung zuständige Ministerium Übergangsregelungen für diesen Fall erlassen. Die örtlichen Personalräte der Polizeidirektionen könnten als örtliche Personalräte der Landespolizeiinspektionen weiterarbeiten. Nur für die Landespolizeidirektion als Dienststelle und für die Autobahnpolizeiinspektion müssten neue örtliche Personalräte gewählt werden. Dazu kommt dann noch ein Bezirkspersonalrat, welcher für die Landespolizeidirektion, die sieben Landespolizeiinspektionen und die Bereitschaftspolizei zuständig ist.

Das Gesetz in der neuen Fassung ist zwar nicht die Erfüllung aller gewerkschaftlichen Forderungen und Wünsche, es ist aber zumindest die Rückkehr zum Standard in der Bundesrepublik. Für höhere Ziele, etwa eine Zuständigkeit für alle innerdienstlichen, personellen und sozialen Angelegenheiten der Dienststelle, will die GdP weiter mit der Politik streiten.



# PSR ist der Schwerpunkt in diesem Jahr

**Erfurt (eg). Am 11. 1. 2012 traf sich die Fachkommission Schutzpolizei zu ihrer ersten Tagung im neuen Jahr. Als neuer Vorsitzender der Fachkommission wurde POK Thomas Müller gewählt. Schwerpunkt der Diskussion war die Umsetzung der Polizeistrukturreform (PSR).**

An der Sitzung nahm der stellv. Landesvorsitzende der GdP Thüringen, Edgar Große, teil. Er berichtete über den aktuellen Stand von PSR. Der Aufbaustab für die Landespolizeidirektion sei gebildet und werde im Laufe des Monats Januar wohl seine geplante Arbeitsstärke von ca. 25 Mitarbeitern erreichen. Mit Polizeidirektor Jens Kehr stehe dem Arbeitsstab ein erfahrener Beamter vor, der bereits im Rahmen des Projektes umfangreiche Arbeit geleistet habe und den Inhalt des Projektes bestens kennt.

In der Diskussion wurde dann jedoch schnell klar, dass der gegenwärtige Kenntnisstand in den Dienststellen des Landes nicht ausreicht, um heute bereits abschätzen zu können, was im Detail auf die Thüringer Polizei zukommt. So seien bisher zum Beispiel keine bestätigten Organigramme bekannt. Erste Informationen deuteten aber z. B. darauf hin, dass innerhalb der Landespolizeiinspektionen Aufgaben nicht gebündelt würden, sondern an verschiedenen Stellen angesiedelt seien. Einsatz, Planung oder Verwaltung von Waffen, Fahrzeugen und Ausrüstung gehörten nach Auffassung der Teilnehmer an einer Stelle konzentriert und nicht auf mehrere Bereiche aufgesplittet.

Die konkrete Aufgabenabgrenzung zwischen den unterschiedlichen Führungsebenen sei ebenfalls noch nicht bekannt. So sei es natürlich auch nicht möglich, eventuelle Schwachstellen zu erkennen. Wenn es dem Aufbaustab mit dem Angebot einer hohen Transparenz seiner Arbeit ernst sei, dann müsste als erstes eine umfassende Information der Mitarbeiter erfolgen. Dazu seien die entsprechenden Arbeitsdokumente (Konzeptionen, Organigramme, Geschäftsverteilungspläne usw.) ins Netz zu stellen und den Beschäftigten zugänglich zu machen.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass man den Aufbau der neuen Struktur aktiv begleiten will und sich auch aktiv an der Gestaltung der neuen Struktur der

Thüringer Polizei beteiligen wird. Es gebe insbesondere aus der Schutzpolizei heraus eine Vielzahl von Themen, die einer Lösung bedürfen. Dazu zählt das Thema Dienststärke genauso wie die Dienstplanung, die Aus- und Fortbildung, der Dienstsport und viele andere Themen. Das Gesetz gebe nur die grundsätzliche Struktur der Polizei vor. Details im Aufbau oder Arbeitsabläufe würden in der Polizei selbst bestimmt und müssten sich in erster Linie an den Erfordernissen des täglichen Dienstes orientieren. Der Landesvorstand wurde gebeten,

durchführung zu schicken. Es kann sich auch jeder ausrechnen, welche Fahrzeiten für Kollegen entstehen, die jetzt schon 30 km von Saalfeld oder Jena entfernt wohnen und dann zu jedem Dienst nach Gera und zurück fahren müssten. Eine Reihe von Diensthundeführern überlegt sich unter diesen Bedingungen ernsthaft, ob sie Hundeführer bleiben. Der Dienstherr sollte vor einer endgültigen Entscheidung zur Umsetzung solcher Pläne nicht nur die fiskalischen Aspekte bedenken, sondern auch einsatztaktische und soziale Aspekte.



Der Fachausschuss

Foto: Pape

beim Innenministerium und bei Aufbaustab eine umfassende Information der Beschäftigten der Polizei zu fordern.

Ein weiteres Thema war die im Rahmen der Strukturreform geplante Konzentration von insgesamt fünf Diensthundestaffeln an zwei Standorten. Betroffen sind die Diensthundestaffeln in Erfurt und Gotha, die in Gotha konzentriert werden sollen und die Diensthundestaffeln in Saalfeld, Jena und Gera, die in Gera konzentriert werden sollen. Besonders die in Ostthüringen geplante Zusammenlegung führt seit ihrem Bekanntwerden zu erheblichen Diskussionen bei den Betroffenen. Weder das Projekt PSR noch die Leitungen der betroffenen Dienststellen haben den Diensthundeführern in Saalfeld und Jena erklären können, welchen Sinn es haben soll, die Hundeführer zum Dienstantritt erst nach Gera zu holen, um sie dann wieder in die Bereiche Saalfeld und Jena zur Dienst-

Hinterfragt wurden von den Teilnehmern der Beratung die Ergebnisse früherer Aktionen. Bekanntlich hatte die GdP Thüringen eine Postkartenaktion gestartet, mit der die Erhöhung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten auf 5 Euro pro Stunde gefordert wurde. Das Finanzministerium hat sich in keiner Weise zu dieser Aktion geäußert. Das stellt nach Auffassung der Teilnehmer auch eine Haltung zu den Anliegen der Beschäftigten des Landes dar. Es gibt jedoch die Information, dass das Innenministerium vom Finanzministerium gebeten wurde, zum Thema Zulagen im Polizeibereich Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende des Fachausschusses und der stellv. Landesvorsitzende wurden gebeten, sich mit dem Innenministerium diesbezüglich in Verbindung zu setzen und die Auffassung der GdP darzulegen, die bereits im vergangenen Jahr von einer Arbeitsgruppe erarbeitet wurde.



SENIORENGRUPPE

# Weihnachtsfeier in Meiningen

**Am 7. Dezember 2011 trafen sich die Senioren der Kreisgruppe Suhl mit ihren Angehörigen zu der schon zur Tradition gewordenen Jahresabschlussveranstaltung im Kulturhaus der Eisenbahner in Meiningen.**

Hatten wir 2010 mit großen Schneemengen zu kämpfen, so waren diesmal Regen, Nebel und milde Temperaturen angesagt. Die Anzahl der teilnehmenden Gewerkschaftsmitglieder war auch in diesem Jahr größer als im Vorjahr. Dies ist Beleg dafür, dass diese Zusammenkünfte bei den Senioren gut ankommen.

Zu Beginn begrüßte Manfred Pauße als Seniorenvertreter der Kreisgruppe Suhl die Anwesenden und übermittelte auch die Grüße der Kreisgruppenvorsitzenden Suhl der GdP, Marieta Lindner, die leider aus gesundheitlichen Gründen der Veranstaltung fernbleiben musste. Als Gäste konnte Manfred Pauße den Stellvertreter des Leiters der Polizeidirektion Suhl, Torsten Wünsche, und den Pressesprecher der PD, Eberhard Wagner, begrüßen.

Herr Wünsche kam unserer Bitte nach, die Senioren über die polizeiliche Lage im Direktionsbereich im ablaufenden Jahr zu informieren. Großes Interesse fanden auch die Ausführungen über die geplanten Veränderungen, die auf der Grundlage des am 13. Oktober 2011 vom Landtag beschlossenen „Gesetz zur Neufassung und zur Änderung polizeiorganisatorischer Regelungen“ vorgesehen

sind. An dieser Stelle sei beiden Führungskräften nochmals der Dank der Senioren für ihre Teilnahme an der Jahresabschlussveranstaltung ausgesprochen, verbunden mit der Bitte, dass auch dies eine Tradition werden kann. Anschließend gab Kollege Pauße einen Rückblick auf die Seniorenarbeit im Jahr 2011. Er berichtete über die am 5. Dezember 2011 stattgefundene Landesseniorenkonferenz in Erfurt, an der die KG Suhl mit zwölf Kolleginnen und Kollegen teilnahm. Höhepunkte des Jahres 2011 waren die Reisen im Monat Mai nach Norwegen und im August nach Koblenz mit den Schwerpunkten BUGA und der Teilnahme an der Veranstaltung „Rhein in Flammen“.

Nachdem der offizielle Teil abgearbeitet war, füllte sich die Bühne des Saales des Kulturhauses der Eisenbahner mit Kindern der kleinen und mittleren Streichergruppe der Musikschule „Max Reger“ in Meiningen unter der Leitung der Lehrerin Frau Lindner. Mit ihrem Programm, das dem bevorstehenden Weihnachtsfest angepasst war, spielten sie sich in die Herzen der Gäste. Dieser Beitrag war eine gekonnte Einstimmung auf die besinnliche Zeit der Weihnachtsfeiertage und dem bevorstehenden Jahreswechsel.

Den Kindern und ihrer Lehrerin sei auch hier nochmals ein herzlicher Dank ausgesprochen. Die verbleibende Zeit nutzten die anwesenden Senioren zu vielen individuellen Gesprächen über ihre Erlebnisse im zu Ende gehenden Jahr. Bestimmt wurden dabei auch Erinnerungen an die Reise in die vier Jahreszeiten (Norwegen) ausgetauscht bzw. den Nichtteilnehmern an der Reise übermittelt. Die Möglichkeiten der weiteren Aktivierung der Seniorenarbeit im kommenden Jahr waren auch Gegenstand der Gespräche. Abschließend möchte ich den Kolleginnen und Kollegen des Kreisgruppenvorstandes für die Unterstützung der Seniorenarbeit im laufenden Jahr Danke sagen. Unser Dank gilt auch der Familie Otto als Betreiber des Kulturhauses der Eisenbahner und ihrem Personal für die gute Vorbereitung und Ausgestaltung der Jahresabschlussveranstaltung.



Die jungen Künstler zeigen ihr Können.

Foto: KG SHL

Manfred Pauße

SENIORENGRUPPE

# Jahresabschluss in Gotha

**Im Dezember führten die Senioren ihre jährliche Weihnachtsfeier in der Gaststätte des Gemeindehauses Gotha durch. Viele Senioren waren erschienen, um bei Kaffee und Kuchen einige Stunden gemeinsam zu gehen.**

Durch den Vorsitzenden der Seniorengruppe, Erich Walter, wurde ein Rückblick auf die durchgeführten Veranstaltungen im Jahr 2011 sowie ein Überblick auf die Aufgaben und Veranstal-

tungen für 2012 gegeben. Vom Personalrat war Nicole Liening anwesend und begrüßte die Senioren. Sie überbrachte Grüße vom Kreisvorsitzenden Gerd Schindler und überreichte Erich Walter ein Präsent für die jahrelang geleistete Arbeit beim Aufbau der GdP und seine Arbeit als Vorsitzender der Seniorengruppe. Aus Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand und sein Alter wird sich im März 2012 an der Spitze des Vorstan-

des eine Veränderung ergeben. Durch den Wirt wurde die Weihnachtsfeier mit humorvollen Einlagen aufgelockert. Jeder GdP-Senior bekam einen Kalender seiner Wahl für das Jahr 2012 überreicht, damit sie die Termine der Veranstaltungen der GdP nicht vergessen. Mit lebhaften Gesprächen und Diskussionen fand die Weihnachtsfeier gegen 17.00 Uhr ihr Ende.

Erika Hermanns





# Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe ...

## ... in Thüringen

Sucht und Suchtgefahr sind gesellschaftliche Phänomene und die Polizei ist Teil dieser Gesellschaft. Beschäftigte der Thüringer Polizei sind unabhängig von ihrem Beschäftigungsstatus potenziell im gleichen Maße süchtig oder suchtgefährdet wie die Gesamtheit der Bevölkerung. Zur Bewertung des Gesamtproblems gibt es unterschiedliche Zahlen, man kann aber wohl davon ausgehen, dass mindestens rund fünf Prozent der Menschen in irgendeiner Art süchtig und nochmal die gleiche Zahl suchtgefährdet sind. Die Sucht beschränkt sich nicht nur auf Alkohol, sie umfasst auch Drogen, Tabak und Medikamente und sie äußert sich in Spielsucht oder Essstörungen.

Die Thüringer Polizei hat auf das Problem reagiert und ein Bündel von Maßnahmen ergriffen. Es gibt eine Rahmenvereinbarung Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe zwischen dem Innenminister und dem Hauptpersonalrat der Thüringer Polizei. Die erste Auflage wurde bereits Ende der neunziger Jahre erarbeitet. Die aktuelle Fassung wurde 2007 unterzeichnet.

Beim Polizeiarztlichen Dienst ist ein zentraler Suchtbeauftragter der Thüringer Polizei angesiedelt. In allen Behörden und Einrichtungen der Thüringer Polizei gibt es nebenamtliche Suchtbeauftragte. Die 18 Suchtbeauftragten sind alle ausgebildete Suchtkrankenhelfer. Sie betreuen derzeit ca. 60 Beschäftigte.

Kernstück der Vereinbarung ist ein Stufenplan, der bei Verdacht einer Sucht in Kraft tritt. Er beginnt mit einem vertraulichen Gespräch und endet im ungünstigsten Fall mit der Kündigung, Entlassung bzw. Ruhestandsversetzung. Die Rechte und Pflichten aller Beteiligten sind genau festgelegt.

*Edgar Große*

## ... in Sachsen

Wir alle wissen, dass der Polizeiberuf mitunter zu starken körperlichen und seelischen Belastungen führt. Das Umfeld oder der Betroffene will dies meist nicht immer wahrhaben und oft werden die Probleme nicht gesehen oder kleingeredet. Treten dann doch Probleme auf, greift allzu oft zusätzlich die Kultur des nicht merken, schlimmer noch des Wegsehens. „Eine Sucht ist eine Krankheit. Sie kann sich auf Suchtmittel (Alkohol, Tabletten etc.) oder auf ein Verhalten (z. B. Spielsucht) richten“, so nachzulesen im Personalentwicklungskonzept der Polizei des Freistaates Sachsen.

Im Jahr 2011 wurde durch den Erlass zur Gesundheitsvorsorge und -fürsorge für suchtgefährdete und suchtkranke Bedienstete eine überarbeitete Grundlage geschaffen. Oberste Priorität soll dabei die Prävention haben. Als Ziele sind das rechtzeitige Erkennen von dienstlichen oder privaten Problemen sowie die vernünftige Lösung derselben theoretisch manifestiert. So soll von vornherein verhindert werden, dass Bedienstete zu Suchtmitteln greifen.

Die Vorgesetzten sind gefordert. Äußerst wichtig ist es, eine beginnende Suchtproblematik zu erkennen. Der Vorgesetzte hat, wenn „bei einem Mitarbeiter eine Sucht besteht, ... unverzüglich den Dienstvorgesetzten sowie die Personal verwaltende Stelle“ zu informieren. Zugleich hat er „umgehend mit dem Mitarbeiter ein Gespräch nach den Vorgaben des Suchterlasses (Schreiben des SMI vom 15. Juli 2011; Az.: 35-507/2)“ zu führen. Dabei ist der Beschäftigte „über Hilfsangebote“ zu informieren und „Kontakte zu geeigneten Beratungspersonen“ sind zu vermitteln.

*Torsten Scheller*

## ... in Sachsen-Anhalt

Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe gibt es in der Polizei Sachsen-Anhalts seit 1994 und sie sind Aufgaben des Polizeiarztlichen Dienstes. Mit der Einführung des Gesundheitsmanagements im Jahr 2003 sind sie Teile dieses Projektes. Im Moment gibt es fünf ausgebildete betriebliche Suchtkrankenhelfer, die in den Behörden und Einrichtungen als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Im Jahr 2001 wurde durch das MI eine Richtlinie zum Umgang mit alkoholgefährdeten und -abhängigen Bediensteten in Kraft gesetzt, die auch auf andere Abhängigkeiten angewendet werden soll. Sie regelt detailliert, welche Maßnahmen eingeleitet werden, wenn ein Abhängigkeitsverdacht besteht. Als erstes ist ein Hilfsangebot durch Gespräch des Vorgesetzten mit dem Bediensteten vorgesehen. Es dient der Aufklärung des Betroffenen.

Je nach dem, was nach diesen Gesprächen geschieht, werden weitere Maßnahmen eingeleitet. Das sind Gespräche mit dem Polizeiarzt oder Suchtkrankenhelfern, erste Kontakte zu geeigneten Therapieeinrichtungen, Behandlungen und Therapien und nicht zuletzt eine begleitete Nachbetreuung. Es werden aber auch klare Regelungen getroffen, was passiert, wenn der Betroffene den Erfolg der Behandlung gefährdet.

Im Oktober 2007 wurde bei einem Workshop festgestellt, dass die Richtlinie nicht immer durchgesetzt wurde. Das liegt an den langen Verfahren selbst und an der Unterschiedlichkeit der Fälle. Nach einer längeren Pause wird die Arbeit der Suchtkrankenhilfe jetzt wieder neu belebt.

*Jens Hüttich*

## Liebe Leser,

seit nunmehr vier Jahren gibt es in den Landesteilen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Rubrik „Info Drei“. In bisher 49 Ausgaben haben wir

versucht, interessante Themen gegenüberzustellen und zu vergleichen.

Da diese Seiten nicht Selbstzweck sein sollen, möchten wir von euch wissen, welche Themen sind euch wichtig? In wel-

chen Bereichen lohnt sich eine Gegenüberstellung? Was wollt ihr lesen? Unsere Kontaktdaten findet ihr auf Seite 2 im Impressum.

*Jens Hüttich*

